

## Pressemitteilung

### Spitzenverbände der Bäderbranche appellieren an die Bundesregierung: Bäder brauchen echte Finanzhilfen, nicht nur Überbrückungskredite

#### Der Deutsche Sauna-Bund e.V. unterstützt die gemeinsame Aktion

In einem gemeinsamen Schreiben an die Bundesminister des Inneren (Horst Seehofer), für Finanzen (Olaf Scholz) und für Wirtschaft und Arbeit (Peter Altmaier) appellieren die führenden Verbände der deutschen Bäderbranche, die öffentlichen Bäder und Saunananlagen angesichts der Corona-Krise mit echten Finanzhilfen und nicht nur mit kurzfristigen Überbrückungskrediten zu unterstützen.

Bäder und Saunananlagen zählten zu den ersten Freizeiteinrichtungen, die in Deutschland aufgrund der Ausbreitung des Corona-Virus (SARS-CoV-2) geschlossen wurden, obwohl nach einheitlicher Expertenmeinung in den Bädern kein erhöhtes Ansteckungsrisiko besteht. Die aus dieser – von den Verbänden durchaus mitgetragenen – Maßnahme resultierenden Einnahmeverluste treffen die öffentlichen Bäder jedoch besonders hart, da sie als Einrichtungen der kommunalen Daseinsvorsorge in der Regel ohnehin zuschussbedürftig sind oder als privatwirtschaftliche Betriebe bisher nicht mit Finanzhilfen rechnen konnten.

Die Verbände bitten die Bundesregierung daher, effektive Finanzhilfen für die Bäder und Saunananlagen zur Verfügung zu stellen. Besonders betroffen sind private Betreiber, die auf keinen Ausgleich aus kommunalen Haushaltsmitteln hoffen dürfen und Gemeinden mit defizitären Haushalten.

Gleichzeitig wünschen sich die Verbände, dass zukünftig in vergleichbaren Situationen von Anfang an Rechtssicherheit für die Bäderbetriebe geschaffen werde: „Die vergangenen Tage haben gezeigt, dass das Fehlen einer einheitlichen und rechtsverbindlichen Regelung zum Vorgehen gegen die weitere Ausbreitung von SARS-CoV-2 zu einer großen Verunsicherung in unserer Branche geführt hat“. Erst mit einer bundesweiten Anordnung konnte hier ein einheitlicher Handlungsrahmen geschaffen werden.

Ihren Appell an die Politik verknüpfen die Verbände mit der Zusage, alles zu tun, die Regierung und die Behörden auf Bundes- wie auch Landesebene in der Bewältigung der gemeinsamen Herausforderung zu unterstützen.

Der gemeinsame Appell wird getragen von:

- Arbeitsgemeinschaft agbad
- Deutsche Gesellschaft für das Badewesen e.V.
- Deutscher Sauna-Bund e.V.
- European Waterpark Association e.V.
- IAB Internationale Akademie für Bäder-, Sport- und Freizeitbauten e.V.
- IAKS International Association for Sports and Leisure Facilities Deutschland e.V.
- Arbeitsgemeinschaft Bäder Baden-Württemberg
- Arbeitsgemeinschaft Bäder Bayern
- Arbeitsgemeinschaft Bäder Thüringen

#### Kontakt

Deutscher Sauna-Bund e.V.  
Meisenstraße 83 | 33607 Bielefeld | Tel. 0521/96679-0  
info@sauna-bund.de | www.sauna-bund.de

Abdruck honorarfrei!

Sehr geehrter Herr Minister,

die Bundesrepublik Deutschland steht in der Bewältigung der durch die Ausbreitung des Corona-Virus verursachten Krise vor einer der größten Herausforderungen ihrer Geschichte. Die unterzeichnenden Verbände sind sich in diesem Zusammenhang ihrer Verantwortung bewusst und werden alles tun, die Regierung und die Behörden auf Bundes- wie auch Landesebene in der Bewältigung der gemeinsamen Herausforderung zu unterstützen.

Gestatten Sie uns, dass wir uns mit einer Bitte an Sie zu wenden:

1. Die vergangenen Tage haben gezeigt, dass das Fehlen einer einheitlichen und rechtsverbindlichen Regelung zum Vorgehen gegen die weitere Ausbreitung von SARS-CoV-2 zu einer großen Verunsicherung in unserer Branche geführt hat. Diese Unsicherheit ist seit gestern vorbei durch die Anordnung, dass alle Freizeit- und Sportstätten, somit auch die Bäder, bundesweit zu schließen sind. Das Fehlen einer rechtsverbindlichen Anordnung führte bis zu diesem Zeitpunkt zu völlig unterschiedlichen Entscheidungen in den Ländern und Regionen. Hier wäre es dringend notwendig, durch eine einheitliche Festlegung auf nationaler Ebene dafür zu sorgen, dass zukünftig in vergleichbaren Situationen von Anfang an Rechtssicherheit für unsere Bäderbetriebe entsteht.
2. Gleichzeitig möchten wir Sie bitten, sich dafür einzusetzen, dass unsere Bäder nicht mittel- und langfristig in eine existenzgefährdende Lage geraten. Dafür bedarf es nicht nur kurzfristiger Kredite, sondern auch direkter, echter Finanzhilfen.

Die meisten öffentlichen Bäder in Deutschland werden von Städten und Gemeinden bzw. von kommunalen Gesellschaften betrieben, ein anderer Teil ist in privater Hand. In der Regel sind diese Bäder als Einrichtungen der kommunalen Daseinsvorsorge dauerhaft zuschussbedürftig – vergleichbar Theatern, Museen und öffentlichen Bibliotheken.

Sie erfüllen als Stätten des Sports und der Gesundheitsvorsorge eine wichtige soziale Funktion. Um deren Nutzung möglichst vielen Menschen zu ermöglichen, werden die Eintrittspreise bewusst niedrig gehalten, was zu konstanten Defiziten führt.

Nun sind durch die pandemie-bedingten Schließungen der öffentlichen Bäder private Betreiber mit einer teils existenzbedrohenden Situation konfrontiert, die durch die Gewährung von Krediten nicht gelöst, sondern nur zeitlich verschoben wird. Kommunen mit bereits bestehenden Haushaltsengpässen werden sich ebenfalls schwertun, den entstehenden wirtschaftlichen Schaden zu kompensieren.

In dieser Situation ist aus unserer Sicht sicherzustellen, dass mit der Schließung einhergehende negative Auswirkungen für die Betreiber in keiner Weise dazu führen dürfen, nach überstandener Pandemie durch weitere ggf. nicht zu vermeidende Schließungen den Bestand der deutschen Bäderlandschaft weiter zu gefährden.

Daraus erwächst die Forderung, dass die kommunalen Kassen entlastet werden müssen und die Länder den Kämmerern entsprechende Freiräume bieten bzw. konkrete Finanzhilfen gewähren. Der Bund sollte dazu eine eindeutige Position entwickeln und diese mit den Ländern verbindlich abstimmen, um eine Gefährdung für die Bäderlandschaft nach Corona zu vermeiden.

In diesem Sinne wenden wir uns an Sie mit der Bitte, sich dafür einzusetzen, dass die öffentlichen Bäderbetriebe in Deutschland bei der Bereitstellung von Fördermitteln zur Abwendung einer

möglichen Insolvenz in entsprechender Weise berücksichtigt werden. Die Freizeitwirtschaft und die Tourismusbranche sind am frühesten und am stärksten von der durch die Ausbreitung von SARS-CoV-2 verursachten Krise betroffen. Wir brauchen nun schnelle und wirkungsvolle Hilfe!

Für die wohlwollende Prüfung unseres Anliegens, welches wir im Sinne aller Gäste der öffentlichen und privaten Bäder und Saunaanlagen in Deutschland vortragen, sagen wir herzlichen Dank und wünschen Ihnen viel Erfolg bei der Bewältigung der anstehenden Aufgaben!

Wir unterstreichen unsere Bereitschaft, aktiv bei erforderlichen Lösungsfindungen mitzuwirken und sind uns sicher, dass Sie persönlich, als auch die übrigen politischen Entscheidungsträger der vorgetragenen Sache gerecht werdende Entscheidungen treffen.

Mit freundlichen Grüßen

*Arbeitsgemeinschaft agbad*  
Berthold Schmitt, Vorsitzender  
Dr. Uwe Allmann, stellv. Vorsitzender

*Deutsche Gesellschaft für das Badewesen e.V.*  
Dr. h.c. Fritz Schramma, Präsident  
Berthold Schmitt, Vorstandsvorsitzender

*Deutscher Sauna-Bund e.V.*  
Prof. Dr. Carsten Sonnenberg,  
Präsident

*European Waterpark Association e.V.*  
Markus Achleitner, Präsident  
Jutta Kleiber und Oliver Sternagel, Vizepräsidenten

*IAB Internationale Akademie für Bäder-,  
Sport- und Freizeitbauten e.V.*  
Christoph Keinemann,  
geschäftsführender Vizepräsident

*IAKS Deutschland e.V.*  
Prof. Dr. Robin Köhler, Vorsitzender  
Dr. Christian Kuhn, stellv. Vorsitzender

*ARGE Bäder Baden-Württemberg*  
Necdet Mantar, Sprecher

*ARGE Bäder Bayern*  
Michaela Franke, Sprecherin

*ARGE Bäder Thüringen*  
Martin Fromm, Sprecher